Wehrhafte Demokratie stärken

I. Ausgangslage

Der Rat der Stadt Bielefeld hat die Verwaltung beauftragt, ein Konzept zu erarbeiten, mit dem rechtssicher festgestellt wird, dass verfassungsfeindliche Organisationen oder Gruppen keine Unterstützung erhalten, sei es durch die Bereitstellung von Räumen oder Gewährung von Mitteln. Ferner ist zu überprüfen, ob und wie ein solches Konzept auf stadtnahe Gesellschaften zu übertragen ist (vgl. Drucksachen-Nr. 4280/2020-2025).

II. Verbotene Organisationen

Im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland werden Schutzinstrumente für den demokratischen Rechtsstaat benannt. Hierzu zählen

- Art. 9 Abs. 2 GG

(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.

Ein Verbot nach Art. 9 Abs. 2 GG wird mit Zustellung einer Verbotsverfügung wirksam und vollziehbar. Zuständig sind die jeweiligen Landesinnen- bzw. das Bundesinnenministerium.¹

In der Anlage „Verbotsmaßnahmen“ sind Organisationen gelistet, die durch das Bundesministerium des Innern und für Heimat oder durch die Innenministerien/-senate der Länder verboten worden sind.²

¹ Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz - Verbotsmaßnahmen
(https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/rechtsextremismus/verbotsmassnahmen/verbotsmassnahmen_node.html)

² Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz - Verbotsmaßnahmen
(https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/rechtsextremismus/verbotsmassnahmen/verbotsmassnahmen_node.html;jsessionid=79BDB1E947DD7A96845AA3DDD8AAAB09.internet272#doc714138bodyText1)
und Verfassungsschutzbericht 2022
(https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2023-06-20-verfassungsschutzbericht-2022.pdf?__blob=publicationFile&v=7)

- Art. 21 Abs. 2 - 4 GG

(2) Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig.

(3) Parteien, die nach ihren Zielen oder dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgerichtet sind, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind von staatlicher Finanzierung ausgeschlossen. Wird der Ausschluss festgestellt, so entfällt auch eine steuerliche Begünstigung dieser Parteien und von Zuwendungen an diese Parteien.

(4) Über die Frage der Verfassungswidrigkeit nach Absatz 2 sowie über den Ausschluss von staatlicher Finanzierung nach Absatz 3 entscheidet das Bundesverfassungsgericht.

Somit sind Parteiverbotsverfahren nicht der Exekutive, sondern dem Bundesverfassungsgericht zugewiesen. Antragsberechtigt für ein Verbotsverfahren sind die Bundesregierung, der Bundestag sowie der Bundesrat. Gegebenenfalls ist auch die Landesregierung berechtigt, einen solchen Antrag zu stellen, nämlich dann, wenn die betroffene Partei nur in diesem Land vorhanden ist. Wird die Verfassungswidrigkeit einer Partei festgestellt, muss die betreffende Partei aufgelöst werden; etwaiges Vermögen wird eingezogen.³

Parteiverbotsverfahren finden nur äußerst selten statt. Der Grund hierfür liegt in der Vergangenheit der Bundesrepublik Deutschland. Zweimal wurde bisher ein Parteienverbot ausgesprochen:

- Verbot der Sozialistischen Reichspartei (SRP),
- Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD).⁴

Fazit / Maßnahme:

Um sicherzustellen, dass verbotene Organisationen keine Unterstützung durch die Stadt Bielefeld erhalten, sei es durch die Bereitstellung von Räumen oder Gewährung von Mitteln, erfolgt eine Auflistung und Veröffentlichung der entsprechenden Organisationen. Die Anlage „Verbotsmaßnahmen“ wird komplettiert und in regelmäßigen Abständen aktualisiert und den Ämtern und eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen zur Verfügung gestellt (z.B. durch Veröffentlichung im Intranet). Die Zuständigkeit hierfür liegt innerhalb des Dezernats 1.

Eine Regelung in den Dienstanweisungen oder Benutzungs- und Entgeltordnungen, dass verbotenen Organisationen keine Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt oder finanzielle Mittel gewährt werden, ist nicht zwingend erforderlich. Bei einem Verbot wird in der Verfügung die Auflösung der Organisation angeordnet; sie ist folglich nicht mehr existent. Es wird als ausreichend erachtet, wenn im Zusammenhang mit o.g. Auflistung auf diese Sachlage und ihre Folgen hingewiesen wird.

³ Vgl. [Parteienverbot: welche Parteien wurden schon verboten? \(juraforum.de\)](https://www.juraforum.de/news/parteienverbot-welche-parteien-wurden-schon-verbotten_247439)
(https://www.juraforum.de/news/parteienverbot-welche-parteien-wurden-schon-verbotten_247439)

⁴ Vgl. [Parteienverbot: welche Parteien wurden schon verboten? \(juraforum.de\)](https://www.juraforum.de/news/parteienverbot-welche-parteien-wurden-schon-verbotten_247439)
(https://www.juraforum.de/news/parteienverbot-welche-parteien-wurden-schon-verbotten_247439)

III. Ausschluss von Veranstaltungen in öffentlichen Einrichtungen

Es stellt sich die Frage, ob und wie bestimmten (nicht verbotenen) Organisationen die Durchführung von Veranstaltungen in einzelnen öffentlichen Einrichtungen verweigert werden kann.

Ein grundsätzlicher Nutzungsanspruch ergibt sich aus § 8 GO NRW:

(1) Die Gemeinden schaffen innerhalb der Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit die für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Betreuung ihrer Einwohner erforderlichen öffentlichen Einrichtungen.

(2) Alle Einwohner einer Gemeinde sind im Rahmen des geltenden Rechts berechtigt, die öffentlichen Einrichtungen der Gemeinde zu benutzen und verpflichtet, die Lasten zu tragen, die sich aus ihrer Zugehörigkeit zu der Gemeinde ergeben.

(4) Diese Vorschriften gelten entsprechend für juristische Personen und für Personenvereinigungen.

Der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages hat sich in der Vergangenheit bereits mit dem Ausschluss politischer Veranstaltungen in öffentlichen Einrichtungen beschäftigt.

Öffentliche Einrichtungen sind u.a. alle Einrichtungen von Kommunen, die ausdrücklich oder konkludent durch Widmung der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt und im öffentlichen Interesse unterhalten werden.

Der Wissenschaftliche Dienst führt aus, dass die Durchführung politischer Veranstaltungen in einer öffentlichen Einrichtung durch Widmung bzw. Widmungsänderung ausgeschlossen werden kann. Zu beachten ist, dass ein Ausschluss politischer Veranstaltungen alle Parteien umfassen muss. Ein Ausschluss nur bestimmter Parteien würde einen Verstoß gegen den gemäß Art. 3 GG i.V.m. Art. 21 GG gewährleisteten Grundsatz der Chancengleichheit der Parteien bedeuten. Staatliche Eingriffe in die Betätigungsfreiheit einer Partei dürfen grundsätzlich nur dann erfolgen, wenn diese verboten wurde. Der Ausschluss darf sich daher nicht auf eine einzelne, nicht verbotene Partei beziehen.⁵

Wie dargestellt haben Parteien also eine besondere Stellung. Die politischen Inhalte einer Partei stellen kein zulässiges Ausschluss- bzw. Differenzierungskriterium (zumindest) bei politischen Veranstaltungen in öffentlichen Einrichtungen dar. Trotz ihrer ggf. verfassungswidrigen Ziele darf eine Partei bei der Vergabe öffentlicher Einrichtungen nicht diskriminiert werden. Es gilt das Gleichbehandlungsgebot gegenüber allen nicht verbotenen Parteien.

Zu klären ist, ob diese Maßgabe nur für politische Veranstaltungen oder grundsätzlich für Veranstaltungen von Parteien gilt. Diese Frage lässt sich nicht pauschal beantworten; es kommt letztlich auch auf den Zweck der Veranstaltung an. Im Ergebnis wird man aber sagen

⁵ Vgl. [wd-3-393-18-pdf-data.pdf \(bundestag.de\)](https://www.bundestag.de/resource/blob/591156/cf20e89de5da04c5129a65da4865dd7a/wd-3-393-18-pdf-data.pdf)

(<https://www.bundestag.de/resource/blob/591156/cf20e89de5da04c5129a65da4865dd7a/wd-3-393-18-pdf-data.pdf>)

können, dass es sich bei einer Veranstaltung von Parteien meistens auch um eine politische Veranstaltung handeln dürfte, wenn eine Partei als solche auftritt und damit voraussichtlich auch eine bestimmte politische Botschaft verknüpft.

In Regelungen anderer Kommunen zur Bereitstellung von öffentlichen Räumlichkeiten wird eine Nutzung durch Vereinigungen, deren Zwecke oder Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richten, ausgenommen. Es ist davon auszugehen, dass hiermit verfassungsfeindliche Organisationen von einer entsprechenden Nutzung ausgeschlossen werden sollen. Als verfassungsfeindlich werden Personen oder Organisationen, deren Ziele oder Ideen sich gegen grundlegende Verfassungswerte richten, bezeichnet⁶.

Wie anfangs bereits dargestellt, sind Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, gemäß Art. 9 Abs. 2 GG verboten. Für die entsprechende Verbotsverfügung sind wie bereits erläutert die jeweiligen Landesinnen- bzw. das Bundesinnenministerium zuständig. Die Entscheidungen dieser Institutionen sind somit maßgeblich.

Fazit / Maßnahme:

Parteien haben eine besondere Stellung. Für den Ausschluss politischer Veranstaltungen in öffentlichen Einrichtungen stellen die politischen Inhalte einer Partei kein zulässiges Kriterium dar.

Im Falle eines grundsätzlichen Verbots der Durchführung von Veranstaltungen durch Parteien in öffentlichen Einrichtungen der Stadt Bielefeld müsste dies zwingend in den einschlägigen Entgelt- und Benutzungsordnungen der Stadt Bielefeld aufgenommen werden. Da ein entsprechendes Verbot jedoch nicht beabsichtigt wird, erfolgen keine Maßnahmen.

Unter Berücksichtigung der Sonderstellung der Parteien sind verfassungsfeindliche Vereinigungen verboten. Insofern würde - wie unter Ziffer II dargestellt - grundsätzlich keine Unterstützung durch die Stadt Bielefeld erfolgen und zusätzliche Regelungen in den Entgelt- und Benutzungsordnungen der Stadt Bielefeld wären nicht erforderlich. Die Beurteilung hinsichtlich der Verfassungsfeindlichkeit und ggf. das Verbot obliegen jedoch den Landesinnen- bzw. dem Bundesinnenministerium. Eine Zuständigkeit der Kommunen ist nicht gegeben.

IV. Ausschluss von staatlicher Finanzierung

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Verbotsverfahren gegen die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) vom 17. Januar 2017 wurden die Reaktionsmöglichkeiten gegenüber verfassungsfeindlichen Parteien in Art. 21 GG ergänzt. Danach sind Parteien, die nach ihren Zielen oder dem Verhalten ihrer Anhänger darauf

⁶ Vgl. [Parteien und Verbote: Sieben Fragen und Antworten | bpb.de](https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/170613/parteien-und-verbote-sieben-fragen-und-antworten/)

(<https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/170613/parteien-und-verbote-sieben-fragen-und-antworten/>)

ausgerichtet sind, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, von staatlicher Finanzierung ausgeschlossen (Art. 21 Abs. 3 GG).

Über den Ausschluss einer Partei aus der Finanzierung entscheidet das Bundesverfassungsgericht (Art. 21 Abs. 4 Alt. 2 GG). Die Antragsberechtigung ist parallel zum Parteiverbotsverfahren ausgestaltet.⁷

Wird der Ausschluss festgestellt, so entfällt auch eine steuerliche Begünstigung dieser Parteien und von Zuwendungen an diese Parteien (Art. 21 Abs. 3 S. 2 GG).

Damit wurde die vom Bundesverfassungsgericht angeregte abgestufte Sanktionierung geschaffen. Durch die Einführung der Kategorie „unerwünschter“ oder „verfassungsfeindlicher“ Parteien wurde das sogenannte Parteienprivileg, wonach bisher alle nicht verbotenen Parteien die gleichen Rechte genossen, relativiert.⁸

Bereits der Wortlaut der Regelung in Art. 21 Abs. 3 GG spricht jedoch klar für ihren abschließenden Charakter. Der Ausschluss bezieht sich nicht etwa auf „öffentliche Leistungen“, sondern auf konkret benannte finanzielle Leistungen.

Bisher wurde noch keine Partei vom Bundesverfassungsgericht von der Finanzierung ausgeschlossen.

Die Regelung in Art. 21 Abs. 3 GG ist noch recht neu (seit Juli 2017 in Kraft). Allerdings hat das Bundesverwaltungsgericht bereits entschieden, dass kommunale Fraktionen, die aus Vertretern verfassungsfeindlicher (aber nicht verbotener) Parteien oder Vereinigungen bestehen, gem. Art. 3 i.V.m. Art. 21 Abs. 2 GG a.F. und Art. 9 Abs. 2 GG nicht deswegen von Zuwendungen zur Fraktionsgeschäftsführung ausgeschlossen werden dürfen. Der maßgebliche Grund besteht darin, dass Fraktionszuwendungen dazu dienen, die sächlichen oder personellen Aufwendungen der Fraktionen für ihre Geschäftsführung ganz oder teilweise zu decken (§ 36a Abs. 4 Satz 1 HGO). Sie sind auch auf diesen Zweck begrenzt und dürfen keinesfalls zur Finanzierung der "hinter" den Fraktionen stehenden Parteien zweckentfremdet werden. Daraus folgt, dass Fraktionszuwendungen nach einem Maßstab verteilt werden müssen, der sich am tatsächlichen oder erwartbaren Bedarf der jeweiligen Fraktionen für ihre Geschäftsführung orientiert (BVerwG, Urteil vom 27.06.2018 - 10 CN 1/17).

Für nicht von der Finanzierung ausgeschlossene Parteien ist die unter Ziffer III dargestellte Vorgehensweise analog anzuwenden. Die politischen Inhalte einer nicht verbotenen bzw. nicht von der Finanzierung ausgeschlossenen Partei stellen somit kein zulässiges Ausschluss- bzw. Differenzierungskriterium dar. Im Hinblick auf andere verfassungsfeindliche Organisationen wird ebenfalls auf die Ausführungen unter Ziffer III verwiesen.

⁷ Vgl. [Deutscher Bundestag - Grundlagen](#)

(https://www.bundestag.de/parlament/praesidium/parteienfinanzierung/die_staatliche_parteienfinanzierung/01_grundlagen-249374)

⁸ Vgl. [wd-3-175-18-pdf-data.pdf \(bundestag.de\)](#)

<https://www.bundestag.de/resource/blob/568072/0612fffc13107d460960ee059b27a938/wd-3-175-18-pdf-data.pdf>

Fazit / Maßnahme:

Parteien haben eine besondere Stellung. Im Hinblick auf nicht vom Bundesverfassungsgericht von der Finanzierung ausgeschlossene Parteien stellen die politischen Inhalte einer Partei kein zulässiges Kriterium für den Ausschluss von kommunalen Zuwendungen dar.

Im Falle eines grundsätzlichen Verbots der Bereitstellung freiwilliger finanzieller Leistungen an Parteien müsste dies in entsprechenden Anweisungen geregelt werden. Da ein entsprechendes Verbot jedoch nicht beabsichtigt wird, erfolgen keine Maßnahmen.

Unter Berücksichtigung der Sonderstellung der Parteien sind verfassungsfeindliche Vereinigungen verboten. Insofern würde - wie unter Ziffer II dargestellt - grundsätzlich keine Unterstützung durch die Stadt Bielefeld erfolgen und zusätzliche Regelungen wären nicht erforderlich. Die Beurteilung hinsichtlich der Verfassungsfeindlichkeit und ggf. das Verbot obliegen jedoch den Landesinnen- bzw. dem Bundesinnenministerium. Eine Zuständigkeit der Kommunen ist nicht gegeben.

V. Keine Flucht ins Privatrecht

Um der Grundrechtsbindung aus dem Weg zu gehen, könnte der Gedanke kommen, öffentliche Einrichtungen privatrechtlich zu betreiben. Im Zivilrecht ist ein Abschlusszwang nicht vorgesehen (Grundsatz der Privatautonomie).

Hier ist jedoch die Zwei-Stufen-Theorie zu berücksichtigen, gemäß derer die öffentlich- oder privatrechtliche Rechtsnatur einer gerichtlichen Streitigkeit bestimmt werden kann.

Sie kann nur in jenen Fällen angewendet werden, in denen ein zweistufiges Leistungsverhältnis vorliegt; zum einen ein öffentlich-rechtliches, zum anderen ein privat- oder öffentlich-rechtliches. Dies ist insbesondere bei der Benutzung öffentlicher Einrichtungen sowie bei der Gewährung von Subventionen der Fall.⁹

Die Zwei-Stufen-Theorie unterscheidet zwischen dem „ob“ und dem „wie“ der Zulassung.

Der Streit um den Zugang zur öffentlichen Einrichtung bzw. um die Gewährung der Subvention (also in beiden Fällen das „Ob“ der Leistung) ist immer öffentlich-rechtlich. Eine Flucht ins Privatrecht ist unzulässig. Erfüllt der Staat seine Aufgaben, so kann über den Zugang zu und die Teilhabe an diesen keine privatrechtliche Dispositionsfreiheit herrschen (Private genießen Vertragsfreiheit), sondern der Staat muss hier an das engere öffentlich-rechtliche Regelungsregime gebunden sein, also insbesondere grundrechtlichen Bindungen und anderen Wertungen des Grundgesetzes unterworfen sein.¹⁰

⁹ Vgl. [Zwei Stufen Theorie von Ipsen anhand Subventionen erklärt \(juraforum.de\)](https://www.juraforum.de/lexikon/zwei-stufen-theorie)

(<https://www.juraforum.de/lexikon/zwei-stufen-theorie>)

¹⁰ Vgl. [Zweistufentheorie \(uni-trier.de\)](https://www.uni-trier.de/fileadmin/fb5/prof/OEF005/Julian_Verwaltungsrecht/2008_05_07/Zweistufentheorie.pdf)

([https://www.uni-](https://www.uni-trier.de/fileadmin/fb5/prof/OEF005/Julian_Verwaltungsrecht/2008_05_07/Zweistufentheorie.pdf)

[trier.de/fileadmin/fb5/prof/OEF005/Julian_Verwaltungsrecht/2008_05_07/Zweistufentheorie.pdf](https://www.uni-trier.de/fileadmin/fb5/prof/OEF005/Julian_Verwaltungsrecht/2008_05_07/Zweistufentheorie.pdf))

Der Streit um die Nutzung der öffentlichen Einrichtung bzw. um die Abwicklung der Subvention (also in beiden Fällen das „Wie“ der Leistung) kann entweder öffentlich- (etwa öffentlich-rechtlicher Vertrag oder Verwaltungsakt) oder privatrechtlich (Vertrag nach BGB) ausgestaltet werden. Insoweit ist der Sachverhalt genauer im Hinblick darauf zu analysieren, ob beispielsweise von der Erhebung einer Gebühr (öffentlich-rechtlich) oder der Zahlung eines Entgeltes (privatrechtlich) die Rede ist.¹¹

Hinsichtlich des „Ob“ würde sich jedoch im Ergebnis an der rechtlichen Lage nichts ändern, wenn die Gemeinde beispielsweise öffentliche Räumlichkeiten an Organisationen mit privatrechtlicher Rechtsform übertragen würde. Ein anderes Bild ergäbe sich lediglich bei vollkommener Trennung der Gemeinde von der Einrichtung oder Reduzierung ihrer wirtschaftlichen Beteiligung unter 50%. Zudem dürfte sie keine materielle Letztentscheidungskompetenz mehr behalten.¹²

VI. Übertragung auf stadtnahe Gesellschaften

Wie unter Ziffer V ausgeführt kann der Zugang zu öffentlichen Leistungen nicht dadurch ausgeschlossen werden, dass öffentliche Einrichtungen privatrechtlich betrieben werden. Hier gelten die unter Ziffer II bis IV gemachten Ausführungen entsprechend.

Unabhängig davon wird darauf hingewiesen, dass - sollten (im Einklang mit dem Grundgesetz stehende) Ziele in den Beteiligungen umgesetzt werden sollen - der Rat der Stadt Bielefeld die von ihm entsandten Gesellschaftsvertreter und -vertreterinnen anweisen müsste, dafür Sorge zu tragen, dass entsprechende Maßnahmen in den Gesellschaften angestoßen bzw. umgesetzt werden. Vor dem Hintergrund des komplexen Beteiligungsgeflechts wäre ggf. die „Anweisungskette“ zu berücksichtigen. Bei mittelbaren Beteiligungen der Stadt Bielefeld müssten die Gesellschaftsvertreter und -vertreterinnen der unmittelbaren Beteiligungen durch den Rat der Stadt Bielefeld angewiesen werden, ihrerseits die Gesellschaftsvertreter und -vertreterinnen der für die Stadt Bielefeld mittelbaren Beteiligungen entsprechend anzuweisen.

VII. Zusammenfassung

Verbotene Parteien und Vereinigungen sind von Unterstützungsleistungen, sei es durch die Bereitstellung von Räumen oder Gewährung von Mitteln, ausgeschlossen.

Um sicherzustellen, dass verbotene Organisationen keine Unterstützung, sei es durch die Bereitstellung von Räumen oder Gewährung von Mitteln, durch die Stadt Bielefeld erhalten, wird eine Liste der entsprechenden Organisationen erstellt, in regelmäßigen Abständen aktualisiert und Ämtern und eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen zur Verfügung gestellt.

¹¹ Vgl. [Zweistufentheorie \(uni-trier.de\)](https://www.uni-trier.de/fileadmin/fb5/prof/OEF005/Julian_Verwaltungsrecht/2008_05_07/Zweistufentheorie.pdf)

([https://www.uni-](https://www.uni-trier.de/fileadmin/fb5/prof/OEF005/Julian_Verwaltungsrecht/2008_05_07/Zweistufentheorie.pdf)

[trier.de/fileadmin/fb5/prof/OEF005/Julian_Verwaltungsrecht/2008_05_07/Zweistufentheorie.pdf](https://www.uni-trier.de/fileadmin/fb5/prof/OEF005/Julian_Verwaltungsrecht/2008_05_07/Zweistufentheorie.pdf))

¹² Vgl. Prof. Dr. Barthel, STIWL, Modulare Qualifizierungsreihe: Verwaltungsrecht/Privatrecht

Nicht verbotene Parteien dürfen von Unterstützungsleistungen durch entsprechende Regelungen (z.B. Widmung) ausgeschlossen werden, jedoch unter der Voraussetzung, dass dieser Ausschluss für alle Parteien gleichermaßen gilt und die Chancengleichheit unter den Parteien gewahrt bleibt.

Da ein grundsätzliches Verbot der Durchführung von Veranstaltungen durch Parteien in öffentlichen Einrichtungen der Stadt Bielefeld sowie der evtl. Bereitstellung freiwilliger finanzieller Leistungen an Parteien nicht erfolgen soll, werden keine entsprechenden Maßnahmen veranlasst.

Unter Berücksichtigung der Sonderstellung der Parteien sind verfassungsfeindliche Vereinigungen verboten. Insofern erfolgt grundsätzlich keine Unterstützung durch die Stadt Bielefeld. Zusätzliche Regelungen in den Entgelt- und Benutzungsordnungen der Stadt Bielefeld sind nicht erforderlich. Die Beurteilung hinsichtlich der Verfassungsfeindlichkeit und ggf. das Verbot obliegen jedoch den Landesinnen- bzw. dem Bundesinnenministerium. Eine Zuständigkeit der Kommunen ist nicht gegeben.

Die beschriebene Grundrechtsbindung können Kommunen nicht umgehen, indem sie öffentliche Einrichtungen privatrechtlich betreiben, solange öffentlich-rechtliche Träger die Mehrheit der Anteile halten (keine Flucht ins Privatrecht).